

wonach ihnen auch für die Zeit nach Errichtung der SVR die Beibehaltung ihrer bisherigen Privilegien bestätigt werde. Regierungsbeamte sehen solchen möglichen Auseinandersetzungen gelassen entgegen. Für sie steht Artikel 25, der die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz proklamiert, über Artikel 95. Macaus Regierung kann die Steuersenkungen verkraften, weil ihr Haushalt genügend Reserven aufweist. Im ersten Halbjahr 2002 beliefen sich die Gesamteinnahmen auf 5,53 Mrd. MPtc, während die Ausgaben nur 4,15 Mrd. MPtc ausmachten.

Edmund Ho versprach umfassende Maßnahmen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit (sie liegt seit einigen Jahren bei über 6%). Die Regierung werde insgesamt 1,8 Mrd. MPtc (225 Mio. US\$) in öffentliche Bauvorhaben investieren, wodurch sie sich die Schaffung von 8.000 Arbeitsplätzen erhoffe. Man werde versuchen, mehr Arbeitsplätze in den Bereichen Umweltschutz und Verschönerung zu schaffen. Auch durch die weitere Entwicklung des Dienstleistungssektors, eine der Säulen der Wirtschaft Macaus, solle es ein größeres Angebot an Arbeitsgelegenheiten geben. Der Sektor benötige allerdings dringend Fachkräfte. Die Regierung werde sich deshalb verstärkt an die Ausbildung von Angestellten und Arbeitslosen machen.

Mehr Unterstützung sagte Edmund Ho den kleineren und mittleren Betrieben für das nächste Jahr zu. Diese hätten bisher relativ wenig von Macaus wirtschaftlicher Erholung profitiert. Die Betriebe, die viel zu Macaus Entwicklung beigetragen und viele Arbeitsmöglichkeiten bereitgestellt hätten, kämpften jetzt zum Teil aus Mangel an Geldmitteln und Technologie ums Überleben. Zu den Hilfsmaßnahmen gehören ein von der Regierung gestützter Fonds als Garantie für Bankdarlehen, zinsfreie Darlehen als „Starthilfe“ und eine Vereinfachung bei Antragsverfahren für Catering-Lizenzen. Letztere werde im ersten Halbjahr 2003 vorgenommen.

Auch den Benachteiligten wurde in der Erklärung mehr Hilfe versprochen. So werde die Regierung im kommenden Jahr 20 Mio. MPtc (2,5 Mio. US\$) als spezielle Unterstützung für Alleinerziehende, Behinderte und langjährig Kranke bereitstellen. Weitere 10 Mio. Pataca (1,25 Mio. US\$) werden als

Beihilfe für Studenten aus armen Familien zur Verfügung stehen. Auch ein Bündel von Steuererleichterungen, gelobte Edmund Ho, solle die Lage der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten lindern helfen.

Nach seiner Regierungserklärung teilte Edmund Ho der Presse mit, dass nach den erwarteten 5% bis 6% Prozent für dieses Jahr (je nach Exportentwicklung im 4. Quartal) das Wachstum für das kommende Jahr auf 4% geschätzt werde. Am nächsten Tag beantwortete er auf einer weiteren Sitzung der Legislativversammlung Fragen ihrer Mitglieder. (Macau Government Information Bureau website, www.gcs.gov.mo, 19., 20.11.02; RMRB, 21.11.02; XNA, 21., 22.11.02; SCMP, 21., 22.11.02) -ljk-

---



---

## Taiwan

---



---

### 41 Taipei billigt Charterflüge nach Shanghai

Am 12. November beschloss Taiwans Regierung, zum kommenden chinesischen Neujahrsfest (1. Februar 2003) erstmals taiwanischen Fluggesellschaften Direktflüge nach Shanghai zu erlauben, und zwar für den Zeitraum vom 26. Januar bis zum 10. Februar. Davon profitieren würden insbesondere die etwa 300.000 im Großraum Shanghai lebenden Taiwaner, die, wie alle Chinesen, zu diesem höchsten Fest im chinesischen Kalender heimfahren.

Die Entscheidung ist freilich in mehrfacher Hinsicht weniger spektakulär, als sie angesichts des Stillstandes bei der Zulassung direkter Verkehrsbeziehungen scheinen mag:

1. Es handelt sich zwar technisch gesehen um Direktflüge, aber keineswegs um Flüge auf direkter Route. Vielmehr sollen alle Flüge mit Zwischenlandung in Hongkong oder Macau erfolgen – ob eventuell auch ein Umweg durch den dortigen Luftraum ohne Landung toleriert wird, ist noch offen. Damit entsteht für die Heimkehrenden weder ein wesentlicher Kostenvorteil noch ein nennenswerter Zeitgewinn. Entsprechend

war auch von „indirekten Flügen“ sowie von „indirekten Direktflügen“ die Rede, um so zumindest nominell den Bann gegen Direktflüge zu wahren.

2. Direktflüge dieser Art gab und gibt es bisher auch schon, nur nicht von taiwanischen, sondern von Hongkonger bzw. macanesischen Fluggesellschaften. Für Reisende aus bzw. nach Taiwan war dies mit einer Zwischenlandung und einem Wechsel der Flugnummer, nicht aber mit einem Wechsel des Fluggeräts verbunden. Da nach der neuen Regelung in Hongkong bzw. Macau keine Flugreisenden aus- oder einsteigen sollen, könnten die Aufenthalte auf den Flughäfen allerdings sehr kurz gehalten werden.
3. Die Flüge sollen ausschließlich von taiwanischen Geschäftsleuten für sich und ihre Angehörigen gebucht werden können; dazu sollen die taiwanischen Handelsverbände auf dem Festland Listen erstellen, aus denen hervorgeht, wer zu den Geschäftsleuten zählt und wer nicht.
4. Die Flugzeuge werden leer hin- und nach dem Fest leer zurückfliegen müssen. Ob die Regelung über die Zeit des Neujahrsfestes ausgedehnt wird, ist noch offen.

Trotz dieser Einschränkungen bekundeten Taiwans Fluggesellschaften ihr Interesse, die Flüge durchzuführen. Insgesamt liegt die Bedeutung der taiwanischen Entscheidung jedoch mehr im politischen als im praktischen Bereich. Die Regierung stand freilich von allen Seiten unter Druck. Zum einen fordern sowohl Beijing als auch die taiwanische Geschäftswelt seit langem die Einrichtung direkter Verkehrsverbindungen zwischen Taiwan und dem Festland, zum anderen hatte der vom Oppositionsparlamentarier John Chang vorgebrachte Vorschlag, zum Neujahrsfest Charterflüge zuzulassen, auch die Unterstützung einer Parlamentsmehrheit gefunden. Gegen Direktflüge auf kürzerer Route sprechen jedoch nach wie vor erhebliche militärische Sicherheitsbedenken, da der sensible Luftraum zwischen Taiwan und dem Festland von anfliegenden Maschinen frei zu bleiben hat, während Taiwan aus ebenso grundsätzlichen politischen Erwägungen heraus reguläre Direktflüge erst nach



offiziellen Verhandlungen mit Beijing zulassen will.

Auf festlandschinesischer Seite herrschte denn auch zunächst für zwei Wochen Schweigen; vermutlich wurde hinter den Kulissen gestritten, ob die taiwanische Entscheidung als Entgegenkommen begrüßt oder als schikanös-restriktiv abgelehnt werden sollte. Da Taiwan festländischen Gesellschaften nicht erlauben will, ihrerseits Charterflüge nach Taiwan durchzuführen, wird das sonst im internationalen Flugverkehr übliche Prinzip der Gegenseitigkeit verletzt. Schließlich erklärte ein Pressesprecher der dem Beijinger Staatsrat unterstehenden Taiwanbehörde jedoch, es handele sich um einen kleinen Schritt vorwärts, und man werde die Flüge in pragmatischer Weise ermöglichen. Diese Reaktion ist selbst wieder ein kleiner Schritt nach vorn, denn als Taiwan zum 1. Januar 2001 erstmals direkte Schiffsverbindungen zwischen den taiwanischen Inseln Kinmen (Jinmen, Quemoy) und Matsu (Mazu) erlaubte, war dies von Beijing offiziell als unbedeutend abgetan worden.

Demnach deutet derzeit alles darauf hin, dass demnächst tatsächlich taiwanische Verkehrsmaschinen in Shanghai landen werden. Ob sich die „normative Kraft des Faktischen“ jedoch als so stark erweisen wird, dass dann auch ein regulärer Flugverkehr zwischen beiden Seiten in greifbare Nähe rückt, ist eher zu bezweifeln: Die taiwanischen Sicherheitsbedenken sind so leicht nicht auszuräumen. Denkbar wäre immerhin, dass Taiwan in einem nächsten Schritt Nonstopp-Charterflüge zulässt unter der Bedingung, dass diese sich an die bestehenden internationalen Flugrouten halten, so dass der Luftraum über der Taiwan-Straße nach wie vor von kreuzenden Maschinen frei bleibt, jedoch ein kürzerer Weg über das Ostchinesische Meer statt über Hongkong/Macau genommen werden könnte. Vermutlich wird aber der Druck auf die Regierung zunehmen, Verhandlungen nach dem Beispiel der mit Hongkong und Macau getroffenen Luftverkehrsvereinbarungen von nichtoffiziellen Stellen führen und die Forderung von Verhandlungen auf bilateral-staatlicher Ebene fallen zu lassen. (TH, 11.11.02; CNAT, nach BBC PF, 12.11., 23.22.02; CNAT, nach BBC EF, 14.11., 19.11., 25.11., 27.11.02;

SCMP, 13.11., 14.11., 28.11.02; TT, 13.11.02) -hws-

## 42 Bauernproteste lösen Regierungskrise aus

Mit einem zentralen Teil der laufenden Reform des Finanzwesens geriet Taiwans Regierung im November in heftige Turbulenzen. Den Hintergrund bildet der Versuch, die zahlreichen, meist unprofessionell geführten Darlehensvereine der Bauern und Fischer staatlicher Finanzkontrolle zu unterwerfen. Viele dieser Genossenschaften sind wegen der bei ihnen außerordentlich hohen Zahl Not leidender Kredite in ihrer Existenz bedroht; der Prozentsatz fauler Darlehen beträgt bei ihnen meist ein Mehrfaches des Landesdurchschnitts. Am 22. August des Jahres hatte das Finanzministerium damit begonnen, die Darlehensvereine nach ihrer Bonität einzustufen, wobei ein Vier-Stufen-System angewandt wurde. Selbsthilfeorganisationen mit einer Quote Not leidender Kredite von bis zu 10% blieben demnach unbehelligt, solche mit einer Quote von über 25% erhielten strenge Auflagen und wurden praktisch ihrer Selbständigkeit beraubt, während für die zwei dazwischen liegenden Stufen entsprechend mildere Kontrollen vorgesehen waren.

Die Reformen wurden allgemein als notwendig anerkannt. Bei den über 100 Darlehensvereinen deren unsichere Darlehen eine Quote von über 25% aufweisen, steht immerhin zu befürchten, dass 88,7 Mrd. NT\$ abgeschrieben werden müssen, der entsprechende Wert für besser eingestufte Kreditgenossenschaften beläuft sich auf weitere 43,3 Mrd. NT\$, zusammengenommen käme man so auf den Gegenwert von etwa 4,4 Mrd. Euro. Präsident Chen hatte es sich zum Ziel gesetzt, bei den Kreditinstituten des Landes die Durchschnittsquote Not leidender Darlehen innerhalb von zwei Jahren auf unter 5% zu drücken, und es war klar, dass Maßnahmen bei den Darlehensvereinen am dringlichsten sein würden, denn viele sind im Grunde längst bankrott. Dabei wurde offenbar übersehen, in welchem hohem Maße sich Bauern und Fischer mit ihren Genossenschaften identifizieren. Zwar sind Landwirtschaft und Fischerei volkswirtschaftlich nur von geringer Be-

deutung – ihr gemeinsamer Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt lag 2001 bei 1,9% – und nur rund 700.000 Taiwaner sind überhaupt im Primärsektor erwerbstätig, ihr gesellschaftlich-politischer Einfluss ist jedoch stärker, als es diesen Zahlen entspricht. Vielfach fungieren die Genossenschaften als Machtbasis örtlicher Politiker.

Zudem sind besonders die Landwirte kampftenschlossen. Ihre Einkommen halten nicht mit denen der Allgemeinheit Schritt; 85% der Bauern betreiben Ackerbau nur noch im Nebengewerbe, zudem stehen für sie seit dem Beitritt Taiwans zur Welthandelsorganisation WTO weitere Einkommensverluste an. Die Regierung hatte diese zwar finanziell abzufedern versprochen, aber wenig dazu unternommen. Die eigenen Darlehensvereine haben für ihre Mitglieder den Vorteil, dass sie durch jene leicht und unbürokratisch an benötigte Kredite kommen. Die auf den Weg gebrachten Reformen begannen die Geldbeschaffung dagegen erheblich zu erschweren und die Konditionen zu verschlechtern.

Zuvor hatte Präsident Chen noch erklärt, er werde auf den Reformen beharren, selbst wenn es den Verlust politischer Macht bedeute. Als ihm dann jedoch Vertreter von Gebietskörperschaften die Lage an der Basis schilderten und die Landwirte und Fischer zu einer Großdemonstration aufriefen, ließ er die Kontrollen suspendieren und setzte ein Moratorium unbestimmter Dauer an; gleichzeitig erklärte die Regierung ihre Bereitschaft, die Restriktionen für konkursgefährdete Darlehensvereine in Zukunft zu lockern. In Ergänzung soll das Finanzministerium ein Agrarfinanzgesetz formulieren, ferner soll eine Nationale Landwirtschaftsbank als Aufsichtsorgan für die ländlichen Darlehensvereine gegründet werden. Die bereits auf Banken übertragenen Vermögenswerte und gegebenen Darlehensrechte von 36 besonders schlecht geführten Genossenschaften werden jedoch nicht zurückübertragen.

Während Chen eigenem Bekunden zufolge dem Wunsch der Öffentlichkeit folgte und das Moratorium nicht als Verzicht auf die Reformmaßnahmen, sondern als Anpassung von deren Geschwindigkeit gewertet wissen wollte, sahen dies sogar Kritiker aus den eigenen Reihen ganz anders: Chen ha-



be Druck von außen nachgegeben und sein Wort gebrochen, die Reformen selbst für den Preis des Machtverlustes durchzusetzen. Ähnlich empfand es offenbar die Öffentlichkeit: In zwei Meinungsumfragen lag die Quote derer, die mit Chens Leistung zufrieden waren, bei 36 bzw. 38% – der schlechteste Wert seit seinem Amtsantritt.

Die Landwirte und Fischer, denen Präsident Chen und seine Regierung entgegenkommen wollten, blieben ihrerseits unzufrieden und nahmen ihm die Erklärung nicht ab, die suspendierte Reformziele nicht auf die Abschaffung der Darlehensvereine, sondern auf deren Gesundung. Die angekündigten Demonstrationen fanden denn auch trotzdem statt. Bauernfunktionäre erklärten, es bestünden zu viele Unsicherheiten beim Moratorium, sie trauten der Regierungspolitik nicht, und zwar umso weniger, als ihre Einwände bei der Ausarbeitung der Reformmaßnahmen von der Regierung nicht beachtet worden seien. Man hätte die Demonstration noch absagen können, wenn die Entscheidung zum Aufschub und zur Revision der Reformen 20 Tage früher erfolgt wäre, nun sei es dafür zu spät. Ein Appell von Präsident Chen, doch noch auf die Demonstration zu verzichten, ging ins Leere: Unterstützt von den Oppositionsparteien, deren Vorsitzende zu den Protestlern sprachen, versammelten sich am 23. November über 100.000 Landwirte und Fischer in der Hauptstadt zur größten Demonstration, die Taiwan je gesehen hat.

Bereits zuvor hatte sich wegen der Vorgänge eine Regierungskrise abgezeichnet. Schon am 19. November waren Forderungen laut geworden, Finanzminister Lee Yung-san (Li Yong-san) solle wegen seiner gescheiterten Politik zurücktreten, und am 22., am Vortag der Demonstration, richtete Lee ein entsprechendes Gesuch an den Ministerpräsidenten, der es zunächst ablehnte. Ministerpräsident Yu Shyi-kun (You Xikun) bot Präsident Chen seinerseits zweimal den Rücktritt an, nachdem berichtet worden war, Chen habe im Gespräch mit Bauern die eigene Regierung kritisiert: Sie habe es entgegen seiner Bitte versäumt, die Landwirte und Fischer in die Formulierung der Reformmaßnahmen voll einzubinden. Chen wies das Gesuch des Ministerpräsidenten jedoch zurück. Am 24., dem

Tag nach der Demonstration, erklärte Yu, er habe nach einem zweistündigen Gespräch mit dem Präsidenten beschlossen, auf seinem Posten zu bleiben. Dagegen wurde der Rücktritt von Finanzminister Lee schließlich angenommen, ebenso wie der Rücktritt des Vorsitzenden des Landwirtschaftsrates Fan Chen-tzung (Fan Zhenzong), der erklärte, er und er allein sei dafür verantwortlich, dass es zum Massenprotest gekommen sei. Auch Vizepremier Lin Hsin-yi (Lin Xinyi) hatte am 22. ein Rücktrittsgesuch eingereicht, blieb am Ende aber im Amt.

Einige Tage später wurden die Namen der Nachfolger bekannt gegeben: Neuer Finanzminister ist Lin Chuan (Lin Quan), zuvor Leiter der Finanz- und Statistikdirektion (Directorate-General of Budget, Accounting and Statistics); zum neuen Chef des Landwirtschaftsrates wurde Lee Chin-lung (Li Jinlong) berufen, der zuvor ebenda in einer anderen Position tätig war.

All diese Vorgänge werfen ein schlechtes Licht sowohl auf die Regierung, die trotz ihrer dezidiert demokratischen Orientierung die Situation an der Basis falsch einschätzte und die allseits als ebenso dringend wie unausweichlich erachteten Reformmaßnahmen nicht zu vermitteln verstand, als auch auf den Präsidenten, der sich mit seiner (halben) Kehrtwende zwischen alle Stühle setzte. Letztlich kam der Reformmotor jedoch aus noch anderen Gründen zum Stillstand: Die lokalen Machtgeflechte zeigten ihren zähen Widerstand gegen Strukturveränderungen. Verständlich ist dies, fällt die (teilweise) Entmündigung der korruptionsdurchwirkten Darlehensvereine doch just in eine Zeit, in der sich die Bauernschaft nach dem WTO-Beitritt dem Wettbewerb durch Importwaren zu stellen und rapide Einkommensverluste teils zu verzeichnen, teils in den nächsten Jahren zu erwarten hat. Die Darlehensvereine, von denen über 90% als wirtschaftlich nicht solide gelten, hätten längst staatlicher Aufsicht unterstellt werden müssen, denn ihre Probleme sind seit Jahren bekannt und hätten noch vor ein, zwei Jahren mit mehr Erfolgsaussicht umgesetzt werden können. In der jetzigen Phase mussten die Reformmaßnahmen dagegen als besonders bedrohlich, ja existenzgefährdend erscheinen – oder konnten zumindest von den mit Entmachtung bedrohten örtlichen

Bauernfunktionären in diesem Sinne dargestellt werden.

Am Schluss stehen jedoch nicht sie, sondern steht Präsident Chen als der in erster Linie Beschädigte dar. Besonders der Unmut, den seine Entscheidung in den eigenen Reihen auslöste, könnte sich als langfristig schädlich erweisen. Mit Finanzminister Lee Yung-san verlor die Regierung zudem einen anerkannten und energischen Reformier. Mit ihm nahm bereits der dritte Finanzminister unter Chen Shui-bians Ägide seinen Hut – auch dies kein gutes Zeugnis für den Präsidenten. (TT, 18.11., 19.11., 21.11., 22.11.-25.11., 28.11.02; NZZ, 19.11.02; CNAT, nach BBC EF, 19.11., 22.11., 25.11.02; CNAT, nach BBC PF, 19.11., 20.11., 23.11.02; FT, 19.11. 02; ST, 20.11., 24.11.02; TH, 19.11., 20.11., 26.11., 28.11.02; WSJ, 22.11.02) -hws-

#### 43 Taiwans Wettbewerbsfähigkeit: 3. Platz weltweit

Während Präsident Chen im Lande selbst mangelnde Reformenergie vorgeworfen wird, stellt der neueste Bericht des World Economic Forum dem Land beste Noten aus: Taiwan sieht er im globalen Wettbewerb gut gerüstet und positioniert es nach den USA und Finnland auf den drittbesten Platz unter 80 untersuchten Volkswirtschaften. Drei für das mittel- und langfristige Wachstum entscheidende Variablen wurden hierfür bewertet: technologische Kompetenz, Qualität der staatlichen und öffentlichen Einrichtungen sowie das makroökonomische Umfeld. Dass es mit der Reformfähigkeit der taiwanischen Regierung recht gut bestellt ist, meint auch die Europäische Handelskammer in Taipeh: Sie konstatierte laut einem Bericht der *Nachrichten für Außenhandel* „bemerkenswerte Fortschritte in der Restrukturierung ihrer Ökonomie“ auf dem Weg zu einer wissenschaftsgestützten Wirtschaftsstruktur. Nach der Rangstufung des World Economic Forum hatte Taiwan 2001 noch auf dem 7. Platz gestanden. (*taipeh-info-blitz*, 13.11.02; TT, 14.11.02; NfA, 18.11.02) -hws-